

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst

22 - 1401

Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 24. April 2023

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur im Burgenland

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- alles daran zu setzen, dass der Fahrrad-Verkehr in seiner Wertigkeit endlich dem Auto-Verkehr gleichgesetzt wird;
- den Masterplan Radfahren Burgenland zügig umzusetzen und dem Ausbau der Radbasisnetze Priorität vor dem Ausbau von AutostraÙen zu geben;
- die rechtlichen Rahmenbedingungen gemäß der Antragsbegründung zu schaffen bzw. dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, zur Erreichung des Ziels, den Radverkehr im Burgenland bis 2030 auf 13 % zu erhöhen, einen Umsetzungsplan im Sinne der Antragsbegründung auszuarbeiten und dem Burgenländischen Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Das Burgenland hat sich mit dem 2018 beschlossenen Masterplan Radfahren das Ziel gesetzt, die mit dem Rad zurückgelegten Wege bis 2030 zu verdoppeln. Die Gesamtverkehrsstrategie 2021 beinhaltet eine „Motivations-Offensive Radverkehr“, die einen Beitrag dazu leisten soll, unsere Gemeinden und deren Ortskerne lebendig und lebenswert zu erhalten. Auch die Energiestrategie Burgenland 2020 empfiehlt unter anderem eine Forcierung des Fahrrads als Verkehrsmittel auf Kurzstrecken und als Zubringer zum öffentlichen Verkehr, denn das Fahrrad ist das klimafreundlichste Verkehrsmittel. Im Masterplan Radfahren Burgenland wird auf die vielfältigen Vorteile des Radfahrens hingewiesen: Radfahren ist gesund, es spart Zeit, Geld und Platz, macht unabhängig und ist umweltfreundlich. Jeder Kilometer, der statt mit dem Auto mit dem Fahrrad zurückgelegt wird, ist ein positiver Beitrag zur CO₂-Bilanz des Landes. So ein Beitrag ist auch höchst notwendig, denn das Burgenland hat den höchsten pro-Kopf-CO₂-Ausstoß im österreichweiten Bundesländer-Vergleich.

Die Mobilitätszentrale Burgenland hat im Rahmen des Projekts SMART Pannonia für alle Bezirke Pläne für ein Radwegenetz mit den idealen Verbindungen zwischen Zielpunkten des Alltags (Wohnen, Schule, Arbeit, Einkaufen, Bahnhof, ...) konzipiert. An der Umsetzung engagieren sich zwar einige Gemeinden, an vielen Stellen gerät diese jedoch ins Stocken. Konkrete Schwachstellen weisen darauf hin, dass viele Entscheider*innen den Beitrag eines höheren Anteils des Radverkehrs im Gesamtverkehrsaufkommen im Burgenland hinsichtlich Klimaschutz, Gesundheit, Ortskernstärkung und Stärkung der lokalen Wirtschaft noch nicht erkannt haben:

- Radwege im Gemeindegebiet, auch Begleitwege von Landesstraßen werden nach Errichtung in der Straßenpflege oft vernachlässigt. Etliche Gemeinden fühlen sich für die Erhaltung der vom Land errichteten Radwege nicht verantwortlich.
- Rad-Schnellwege fehlen weitgehend.
- Verbindungs-Radwege, die für Radfahrer*innen unter die Benutzungspflicht fallen, sind stellenweise nicht benutzungstauglich, weil Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmer*innen, vor allem mit Fußgänger*innen, entstehen.
- Viele Kilometer Begleitwege an Landesstraßen fehlen noch.
- Oft fehlen sichere, überdachte und auch für E-Bikes taugliche Abstellplätze (Stichwort: „Felgentöter“).
- Es fehlen noch immer rechtliche Vorgaben für Rad-Abstellplätze im Wohnbau, im Gewerbebau und im öffentlichen Bereich.
- Konkrete Ausführungen von Radwegen weisen immer wieder Verstöße gegen Vorgaben der RVS (Richtlinien und Vorschriften auf Fahrwegen) auf.
- Radwege-Führungen sind oft nicht zu Ende gedacht und bringen Radfahrende, in gefährliche Situationen.

Alles in allem wird deutlich, dass die Infrastruktur sowohl für den fahrenden wie auch für den stehenden Radverkehr hinter jenem für den Autoverkehr weit hinterherhinkt. Solange diese Mängel nicht behoben werden, wird die Vorgabe des Masterplans Radfahren nicht erreicht werden.

Für den Ausbau von Alltagsradwegen stellen sowohl der Bund als auch das Land Fördermittel zur Verfügung. Auch im Rahmen des EU-Programms für die ländliche Entwicklung können Kooperationsprojekte umgesetzt werden. Das Bundesministerium für Klimaschutz (BMK) bietet finanzielle Unterstützung zum Ankauf von Fahrrädern und die Verkehrsministerin hat im Herbst 2022 eine Verordnung erlassen, die Radfahrenden im Straßenverkehr mehr Sicherheit und mehr Fahrkomfort bietet. Land und Gemeinden erhalten damit viel Unterstützung zur Umsetzung des burgenländischen Masterplans Radfahren.

Um den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen im Burgenland deutlich zu erhöhen, muss das Fahrrad endlich als mit dem Auto gleichwertiges Verkehrsmittel sowie Radfahrer*innen als mit Autofahrer*innen gleichwertige Verkehrsteilnehmer*innen anerkannt und die entsprechende Infrastruktur massiv ausgebaut werden. Dies gilt sowohl für den Ausbau der von der Mobilitätszentrale Burgenland konzipierten Radbasisnetze als auch für begleitende Maßnahmen, die die Sicherheit der Radfahrer*innen und der Rad-Abstellplätze erhöhen.

Zu diesen Maßnahmen gehören unter anderem

- Ausbau des burgenländischen Radwege-Netzes nach den Plänen der Mobilitätszentrale
- Programm für die Gemeinde zur Pflege und Instandhaltung von Radwegen
- Trennung der Radwege von Fußwegen
- Kontrollen der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, wie Geschwindigkeit und Abstandregel für den Autoverkehr
- Bereitstellung sicherer und geschützter Abstellplätze und von Radboxen
- Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Abstellplätze:
 - Vorschreibung von Fahrrad-Stellplätzen (analog zu PKW-Stellplätzen in der Bauverordnung) im Wohnbau und im Gewerbebau, sowie bei der Genehmigung von Veranstaltungsstätten.
 - Ermöglichung im Raumplanungsgesetz, dass Gemeinden verpflichtend Fahrrad-Stellplätze in ihren Baurichtlinien festlegen können
 - Klare Vorgaben über die Beschaffenheit von Rad-Abstellplätzen
- 30 km/h im Ortsgebiet und Nutzung der neuen Möglichkeiten durch die Straßenverkehrsordnung und damit Erhöhung sowohl des Fahrkomforts als auch der Sicherheit der Radfahrer*innen und vor allem der Kinder
- Wiederholte Kampagnen zur Gleichstellung von Auto- und Radverkehr auf Burgenlands Straßen
- Beratung der Gemeinden hinsichtlich RVS-Konformität von Radwegen
- Vorgaben für die ÖEKs, dass Kindergärten und Schulen sicher mit Rad erreichbar sein müssen.
- Bei Erneuerung von Fahrbahnen verpflichtende Errichtung von Begleit-Radwegen
- Einführung von „STOP“-Tafeln für Autofahrer*innen bzw. Nachrangtafeln und Blockmarkierungen vor den Radwegen
- Förderung von Rad-Aktionstagen in den Gemeinden
- Kontinuierliche Messung des Anteils des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Umwelt- und Rechtsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.